

Ist der Anschein von Käuflichkeit strafbar?

Zu: „Feldmann zu Geldstrafe verurteilt“ und „Hart, aber gerecht“, FR-Region vom 24. Dezember

Die nächste Instanz sollte dieses Urteil kassieren

Das Gericht: „Richter bot Temizel den Job an, weil sie sich Feldmann als Fürsprecher sichern wollte“. Eine kühne These. Widerlegt durch Frau Richters Aussagen. Alle anderen Vorwürfe ebenso unbewiesen, auf Gerüchten und Vermutungen basierend. Es kann nicht rechtsstaatlich sein, dass „der Anschein von Käuflichkeit“ strafbar ist.

Der Vorsitzende einer Partei, die Besserverdienende in ihr Herz geschlossen hat, erweckte den Anschein, mit der Autoindustrie zu kungeln. Herr Pürsün übernehmen sie!

Leider ist es ganz einfach: Man wollte einen OB loswerden, dessen sozial ausgerichtete Politik bestimmten Kreisen nicht ins Konzept passte. Und so wurden Gerüchte gestreut: Erst dezent und sparsam, dann immer weiter ansteigend. Die Medien sprangen auf. Verdächtigungen, Behauptungen, Vermutungen. Die Saat ging zur großen Freude der Initiatoren mit Unterstützung Feldmanns (diverse dämliche Äußerungen, ebensolche Handlungen, beides nicht strafbar) prächtig auf. Es ist zu hoffen, dass die nächste Instanz dieses Urteil kassiert. Denn sollte es Bestand haben, wäre auch die „vorsorgliche Inhaftierung“ von Klima-Aktivisten rechtes. Dies darf nicht sein!
Reinhard Joppe, Frankfurt

Feldmann ist gut beraten, in Revision zu gehen

Die FR bleibt ihrem Anti-Feldmann Kurs treu! Sandra Busch kommentiert das Urteil gegen den Ex-OB gnadenlos. Was soll an dem Urteil gerecht sein! Das Gericht hat mit fragwürdiger Argumentation auf unerträgliche Weise den Abwahlparteien eine großen Gefallen getan. Der Beifall ließ nicht lange auf sich warten! Ich hielt bisher diese Art Rechtsprechung nicht für möglich. Nebulöse Vermutungen und unbewiesene Unterstellungen fanden ihren Niederschlag! Objektive Rechtsprechung geht anders. Dass mit dem Urteil (Vorstrafe) auch die materielle Exis-

tenz des Ex-OB bedroht wird, zeigt einen nicht hinnehmbaren Zynismus von Staatsanwalt und Richter! Feldmann ist gut beraten, in Revision zu gehen.
Dieter Hooge, Frankfurt

Wir scheinen immer noch eine Klassenjustiz zu haben

Peter Feldmann wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von ca. 21000 Euro sowie zu einem Wertersatz von 5989 Euro verurteilt. Falls das Urteil rechtskräftig wird, gilt er als vorbestraft und muss den Verlust seiner Pension befürchten. Zum Vergleich: Die Hamburger Staatsanwaltschaft ist in Sachen Warburg-Bank bis heute über ein Vorermittlungsverfahren nicht hinausgekommen. Der Stadtstaat verzichtete 2017 auf das Einbringen einer restlichen Steuerschuld in Höhe von 50 Millionen Euro, die durch kriminelle Cum-Ex-Geschäfte entstanden war. Die Großzügigkeit könnte auf mehrere persönliche Gespräche zwischen dem Bankchef und dem seinerzeitigen Ersten Bürgermeister Olaf Scholz zurückzuführen sein. Mitglieder des Untersuchungsausschusses der Hamburger Bürgerschaft wollen das beweisen können, aber sie werden nicht gehört. Die Hamburger Ermittler haben Begriffe wie „Unrechtsvereinbarung“ und „Verdacht wegen Käuflichkeit“, die bei Feldmann zu den zentralen Vorwürfen zählen, noch nicht einmal inoffiziell geäußert.

Fazit: Die Justiz scheint nach wie vor eine Klassenjustiz zu sein. Den einen will man aus der Politik entfernen, weil er zu unbequem wurde, dem anderen will man aus übergeordneten Gründen keinen Stein in den Weg legen. Bemerkenswert an den staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Feldmann und dem Urteil ist die Kaltschnäuzigkeit, mit der die Persönlichkeitsrechte von Zübeyde Feldmann negiert werden. So ihr Recht auf Handlungsfreiheit, Privatautonomie und Vertragsfreiheit. Der Richter ereiferte sich sogar, ihr eine jederzeitige berufliche Austauschbarkeit zu unterstellen, weil sie

nicht hinreichend qualifiziert gewesen sei. Ich vermisse den Aufschrei der Frauen gegen die Missachtung der Gleichberechtigung!

Auch in anderen Punkten ist das Urteil eine Ansammlung von Unterstellungen und Diskriminierungen. Aus dem Rückkehrrecht Feldmanns auf seinen Wahlniederlage 2012 wird eine Unrechtsvereinbarung konstruiert. Weil er mehrere SMS der AWO-Geschäftsführerin unbeantwortet ließ, wird eine Bereitschaft zur Vorteilsannahme abgeleitet. Diese Liste lässt sich noch um mehrere gravierende Punkte erweitern. Auf mich wirkt der Vorgang wie eine von langer Hand vorbereitete Rechtsbeugung sinken.
Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Mir kommen erhebliche Zweifel

Das Urteil gegen Peter Feldmann löst gegensätzliche Emotionen aus. Einerseits könnte man/frau als Staatsbürger/Staatsbürgerin erfreut sein, welche strenge Maßstäbe an einen Mandatsträger in Bezug auf Korruption angelegt werden. Andererseits, schaut man sich z.B. auf Wikipedia die Liste der Korruptionsaffären um Vorteilsnahmen und Vorteilsgewährung in der deutschen Politik der letzten zehn Jahre und deren strafrechtliche Aufarbeitung an, kommen erhebliche Zweifel auf.

Verwandtschaftsaffären, Anstellung von Verwandten durch Bundestagsabgeordnete bei CDU/CSU, Grünen und SPD mit öffentlichen Mitteln, Modellautoaffäre um das Ehepaar Hadertbauer, AfD-Spendenaffäre, PKW-Mautaffäre um Andreas Scheuer, Berater-Affäre um Ursula von der Leyen, Lobbyismus-Affäre um Philipp Amthor, Aserbeidschan-Affäre um Geldzahlungen an CSU-Europaratsabgeordnete, Maskenaffäre um CDU- und CSU Abgeordnete.

Falls das Urteil gegen Peter Feldmann Bestand hat, sollte in vielen Amtsstuben und Abgeordnetenbüros die Angst vor Strafverfolgung umgehen.
Hans Möller, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221220

Dem Feind angedichtet

Friedensfragen: „Welche Bedeutung hat Pazifismus ...“, FR-Politik v.22.12.

Als Präsident von Pax Christi muss Bischof Peter Kohlgraf zwingend auf die Bergpredigt Jesu hinweisen. Leider wird er dabei nicht konkret. Der barmherzige Vater Jesu hebt die von den Mächtigen der Welt dominierte Unterscheidung von Guten und Bösen auf (Matthäus 5,45) und fordert selbstkritische Einsicht in die eigenen Anteile an Konflikten (Matthäus 7,5), gerade auch dann, „wenn Gewalt eskaliert“ und mit der Unterscheidung von Guten und Bösen gerechtfertigt wird.

Der böse Putin erfrecht sich, das gute Natovorbild des Kosovokriegs von 1999 nachzuahmen, als böse serbische Infrastruktur bombardiert und Kosovo vom bösen Serbien abgetrennt wurde. Die gute ukrainische Regierung hat die eigene böse russlandfreundliche Bevölkerung im Donbass ab dem 14.4.2014 mit einer guten „Antiterroroperation“ überfallen, der zu recht etwa 14000 vor allem böse russisch sprechende Menschen zum Opfer fielen. Der böse Putin wollte den guten Krieg beenden. Deshalb füttert die gute Nato den guten Krieg weiter mit guten Waffen gegen den bösen Putin. Die gute Nato hat am 23.3.2022 die bösen ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen „torpediert“ (FR 21.10, FR-Politik), um den guten Krieg gegen den bösen Putin weiter zu führen, weil eine friedliche neutrale Ukraine böse ist, denn sie verhindert gute Atomraketen an der Grenze des bösen Russland. Präsident Macron „irritiert“ die gute Nato (FR 6.12.22, FR-Politik), weil er für Friedensverhandlungen die Sicherheit des bösen Putin vor diesen guten Raketen voraussetzt. Er verweigert aber nur im Sinne des barmherzigen Gottes die westliche Mainstreameinteilung in Gute und Böse und fordert Jesus gemäß, den „Balken im eigenen Auge“ zu sehen und herauszuziehen, statt Feindbilder zu pfeifen und die eigene Bosheit dem Feind anzudichten.
Friedrich Gehring, Backnang

CO2 aus der Luft holen

Zu: „Protest gegen CO2-Endlager“, FR-Politik vom 23. Dezember

Wer das Klima retten will, der sollte den teuren Umweg vermeiden, mit dem „Staubsauger“ die Emissionen in der Luft wieder einzufangen. Besser ist, die Luft nicht zu verschmutzen. Das Meer ist voller Plastik, die Partikel sind so klein, dass kein Wissenschaftler eine Lösung hat, die Meere und Flüsse zu reinigen. Alles hat auch mal seine Grenzen, das fällt zumeist sehr schwer, angesichts der unerschütterlichen Gläubigkeit der Menschheit. Man muss nur lange genug forschen.
Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Wir handeln gemeinsam – das ist gut so

Artenschutzkonferenz: „Der ganz große Wurf bleibt aus“ und „Damit Natur bleibt“, FR-Politik und -Meinung vom 20.12.

In den letzten Wochen war viel von einem kleinen Staat in der Wüste zu lesen. Da fiel mir der Artikel über die privaten Städte wieder ein, in denen sich sehr reiche Menschen ihre eigene Gesellschaftsordnung schaffen wollen, bei der die Gleichheit der Menschen nicht mehr gilt. Auch im Zusammenhang mit Katar ging es um viel Geld, nicht mehr um Werte. Dann war da noch die Konferenz der Weltgemeinschaft in Montreal, bei der es am Ende um sehr viel Geld ging, mit dem die Biodiversität des Planeten erhalten und geschützt und die Artenvielfalt vor dem Aussterben bewahrt werden soll. Muss hier tatsächlich eine so große Summe

Geld beschafft werden, oder ist es nur naiv zu denken, dass endlich stattdessen das Geldverdien aufhört in den Wirtschaftszweigen, die für das Artensterben verantwortlich sind? Wir müssen umdenken und klar definieren, welches schädliche Handeln zukünftig zu unterlassen ist. Würden wir es schaffen, endlich die täglichen, zerstörerischen Eingriffe in die Natur zu beenden, würde die Natur ihre Arbeit machen, perfekt und kostenlos, sie würde ihre Arten erhalten und damit auch unserer Art das Überleben sichern.

Als Bestandteil der Natur müssen wir endlich im ökonomischen Handeln die menschliche

Dimension als Richtgröße zu Grunde legen. Ein Grundbedarf an Wasser, Kalorien und Energie muss ein unveräußerlich gültiges Menschenrecht sein.

Der evolutionäre Vorteil der menschlichen Art liegt in der Fähigkeit zu einem aufeinander bezogenen gemeinsamen Handeln und der daraus wachsenden Fähigkeit zur Vererbung von Wissen. Dass die letzten menschlichen Bewohner, die zusammen mit der Natur existieren, in Montreal ernsthaft gehört wurden, ist die gute Nachricht. Wir leben mit der lebenden Natur in einer einzigartigen Ausstattung. Das kostet kein Geld.
Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht über die USA, das gespaltene Land, mit dem US-Pfarrer Jeffrey Myers und der Autorin Ulrike Keding. Eintritt frei.
Montag, 9. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt